66. Jahrgang. № 317 Sonntag, 9. Juli 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung monatlich M. 38,—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 35,—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile M. 7,—, außerhalb Sachsens M. 8,—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe die Zeile M. 5,—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer M. 2,—, Sonntagsausgabe M. 2,50

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Reisen Sie nie ohne Reisegepäck-Versicherung, die für alle Reisen und Aufenthalte vom Verlassen der Wohnung bis zur Heimkehr haftet. — Policen sofort bei
Emil Preuß, Versicherung, Mosczinskystr. 1 I.
Telephon: 14154 und 14514 Drahtwort: Policepreuß

Koffer Enterlein Waisenhausstr. 23

Transportable Herde
in Schmiedeeisen und Guß — Bevorzugte Fabrikate
Prometheus-Gaskocher und Herde
Florian Czockerts Nachfolger Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

Ein Moratoriumsgesuch Deutschlands.

Zahlungsunfähigkeit am 15. Juli.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. Juli. Die Reichsregierung hat sich zu einem Moratoriumsgesuch an die Reparationskommission entschlossen mit dem Ziele, daß die Barzahlungen auf längere Zeit verteilt werden möchten, um so eine Atempause zu bekommen. Die Verhandlungen sind bereits im Gange. Die Staatssekretäre Fischer und Schröder sind heute nach Paris abgereist, um mit der Reparationskommission in Fühlung zu treten. Voraussichtlich wird sich auch Staatssekretär Bergmann an diesen Verhandlungen beteiligen.

Das Fallen des Franken.

Paris, 8. Juli. Der Sturz der Mark vollzieht sich mit immer wachsender Geschwindigkeit. Er ist von gestern auf heute um fast 40 Cents, d. h. von Fr. 2,78 auf 2,41 für 100 Mk. zurückgegangen. Der neue Sturz scheint diesmal wieder von Deutschland ausgegangen zu sein. Stark dazu beigetragen hat die Meldung, daß die deutsche Regierung das Garantiekomitee benachrichtigt haben soll, daß sie nicht in der Lage sei, die Zahlung für den 15. Juli zu leisten. **Die Befürchtungen der hiesigen Finanzkreise, daß auch der Franken in den neuen Marksturz mitgerissen werde, scheint sich schnell zu erfüllen. Das Pfund ist heute um 2 Fr., von 54,72 auf 56,58, der Dollar von 12,26 auf 12,69 gestiegen. Die sehr beträchtliche Kündigung englischer und amerikanischer Guthaben bei den hiesigen Banken lassen einen weiteren Rückgang des Frankkurses befürchten.**

Englische Einsicht.

Mailand, 8. Juli. Wie der Londoner Korrespondent des „Secolo" berichtet, ist man in englischen Regierungskreisen lebhaft beunruhigt über die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland, die in dem neuen Marksturz eine der bedenklichsten Folgen habe. Der britische Kabinettsrat hat sich mit der Prüfung dieser Zustände befaßt. **Eine Umsturzbewegung scheine nur vermieden werden zu können, wenn die Berliner Regierung sofort mit aller Tatkraft eingreife. Wenn aber ihre Anstrengungen zur Unterdrückung der sich vorbereitenden inneren Erregung nicht von wohlwollendem Verständnis der Alliierten für die deutsche Lage begleitet seien, erscheine eine neue Krise unvermeidlich. Wenn man Deutschland und damit ganz Europa helfen wolle, müßte man hinsichtlich der Wiedergutmachungen und der Anwendung des Versailler Vertrages Zugeständnisse machen. England sei sich der großen Gefahr bewußt und deshalb zum Entgegenkommen bereit, aber Frankreich behalte sich seine diesbezüglichen Entscheidungen vor.**

London, 8. Juli. Der Berliner Vertreter der „Times" schreibt zum erneuten Sturz des Markkurses: **Die Aussicht auf regelmäßige monatliche Reparationszahlungen schwindet immer mehr. Nur eine praktische Aktion von außen her kann das Vertrauen wieder herstellen.** Die letzten französischen Vorschläge über die Beteiligung deutscher Arbeitskräfte am Bau von Wasserstraßen in Frankreich können das Reparationsproblem nur erleichtern, wenn sie einen Ersatz der monatlichen Barzahlungen darstellen oder bis zu einem gewissen Grade fördern. (W. T. B.)

Eine Hilfsbanknote zu 500 Mark.

Berlin, 8. Juli. Infolge des Buchdruckerstreiks, dem sich die Arbeiter der Reichsdruckerei trotz Bewilligung ihrer Forderungen angeschlossen haben, mußte, wie die Reichsbank mitteilt, die Herstellung von Banknoten vorübergehend eingestellt werden. Da die Bestände der Reichsbank in der verflossenen Woche durch die ganz ungewöhnlich starken Ansprüche zum Vierteljahresschlusse nahezu erschöpft waren, ist eine empfindliche, auch die Lohnzahlungen erschwerende Stockung in der Versorgung der Reichsbankanstalten mit Zahlungsmitteln eingetreten. Diese Stockung wird jedoch durch die Ausgabe **einer Hilfsbanknote zu 500 Mk.** voraussichtlich in den nächsten Tagen behoben sein, so daß die Reichsbank bereits in der kommenden Woche in der Lage sein wird, den Bedarf wieder voll zu befriedigen.

Deutsch-belgisches Mark-Abkommen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 8. Juli. Ein deutsches Abkommen mit Belgien ist in Vorbereitung und wird zurzeit mit Vertretern der Regierungsparteien besprochen. Es betrifft das während des Krieges deutscherseits in Belgien in Umlauf gebrachte deutsche Papiergeld; dieses beläuft sich auf rund 6 Milliarden Papiermark, deren Einlösung in Gold die belgische Regierung von der Reichsregierung fordert. Sie macht ihre Zustimmung zum Moratorium von der Erfüllung ihrer Forderung abhängig. Das erwähnte Abkommen trägt der belgischen Forderung im wesentlichen Rechnung.

Der Widerstand gegen die Koalitionserweiterung nach rechts.

Die S.P.D. im Fahrwasser der Unabhängigen

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 8. Juli. Die Reichstagsfraktion der Mehrheitssozialdemokratie hat einstimmig beschlossen, daß der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für sie keine akute Frage sei. Die unabhängige Sozialdemokratie steht dem Beitritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung ablehnend gegenüber. Die politische Lage wird in parlamentarischen Kreisen nach wie vor ernst beurteilt.

Die Stellungnahme der sozialistischen Presse.

Die Unabhängigen für Reichstagsauflösung — Die Kommunisten für Generalstreik.

Berlin, 8. Juli. Zu der in ihrer Antwort an das Zentrum und die Demokraten ausgesprochenen Bereitwilligkeit der Deutschen Volkspartei, im Rahmen der republikanischen Staatsform am Wiederaufbau des deutschen Volkes mitzuarbeiten, schreibt heute der „Vorwärts": Da die Sozialdemokratie nicht daran denkt, statt der Unabhängigen die Partei des Herrn Stresemann in die Koalition aufzunehmen, handelt es sich von diesem ganzen Briefwechsel um gar nichts anderes als um ein politisches Luftgefecht, es wäre denn, man hielte den Zeitpunkt für geeignet, eine reinbürgerliche Regierung mit bürgerlicher Mehrheit herzustellen, also etwa eine Einheitsfront von Helfferich bis Petersen „zum Schutze der Republik". Für die Volkspartei ist es kennzeichnend, daß sie in ihrer Antwort durch kunstvolle Umschreibung es vermeidet, das Wort „Republik" zu gebrauchen, und diese Leute, die das Wort „Republik" nicht einmal in den Mund zu nehmen wagen, wollen die Republik gegen die Monarchisten verteidigen, die sie selber sind! Ist nicht die Zeit für solche Scherze zu ernst? Das Blatt geht sogar so weit, eine förmliche Tabelle über das Verhalten der Unabhängigen und der Volkspartei bei gewissen Anlässen aufzustellen, die zeigen soll, daß die Volkspartei nur widerstrebend an den Staatsarbeiten sich beteiligt und oft ihre Mitarbeit versagt hat, während die Unabhängigen stets bereit gewesen seien, der Regierung Wirth beizuspringen. Der „Vorwärts" schließt: **Zentrum und Demokraten dürften sich daher nicht wundern, wenn ihre Anfrage an die Deutsche Volkspartei auf die sozialdemokratischen Arbeitermassen Deutschlands geradezu als eine Herausforderung wirke und der Ruf nach Auflösung des Reichstages immer lauter ertöne.**

Die „Freiheit" bemerkt zur gleichen Angelegenheit, die Reichsregierung stehe noch immer da, wie der Esel zwischen den beiden Heubündeln. Weder nach rechts noch nach links habe sie sich bisher zu entscheiden vermocht. **Die Dinge spitzten sich immer noch derart zu, daß nur eine Auflösung des Reichstages und Neuwahlen den Konflikt lösen könnten.**

Die „Rote Fahne" erklärt, daß mit der Bereitwilligkeit der Volkspartei, in die Regierung einzutreten, der Kampf des Proletariats um seinen Staat erst beginne. Die Arbeiterparteien brauchten Neuwahlen nicht zu fürchten. Der Wahlkampf werde um so erfolgreicher sein, je mehr er konzentriert werde auf den Kampf gegen die bürgerliche Koalition. **Die bürgerlichen Saboteure des Schutzes der Republik müßten heraus aus der Regierung.** Nur eine Arbeiterregierung, die sich auf die Millionen organisierter Arbeiter stütze, werde den Schutz der Republik durchführen wollen und können. **Der bürgerliche Widerstand müsse rücksichtslos gebrochen werden, wenn nicht anders, als durch die Proklamierung des Generalstreiks.**

Verhandlungen mit der Regierung.

Berlin, 8. Juli. Heute vormittag findet, wie der „Vorwärts" meldet, unter Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung der Koalitionsparteien statt, in der u. a. auch das Regierungsproblem eingehend besprochen werden soll.

Ergebnislose Verhandlungen im Berliner Buchdruckerstreik.

Vor einem Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 8. Juli. Die Verhandlungen im Buchdruckerstreik, die heute vormittag zwischen beiden Parteien im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, haben kein Ergebnis gezeitigt, da die Arbeitgeber an ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber den gestrigen Vorschlägen des Reichsarbeitsministers festhielten. Nach Mitteilung von Arbeitnehmerseite soll nun das Ministerium für heute nachmittag die Einsetzung eines Schiedsgerichts beschlossen haben, das noch heute auf der Grundlage des Vermittlungsvorschlags einen sofort für verbindlich zu erklärenden Schiedsspruch fällen solle. Unter diesen Umständen würde man in Arbeitnehmerkreisen, nachdem die Streikenden sich bereits gestern mit dem Vorschlag des Reichsarbeitsministers einverstanden erklärt hatten, mit einer Wiederaufnahme der Arbeit für Montagfrüh rechnen. Auf seiten der Arbeitgeber glaubt man aber, daß an eine Beendigung des Streiks vor dem Zusammentritt des Tarifausschusses in Leipzig nicht zu denken sein wird.

Deutschlandreise des deutschen Botschafters in Washington.

Washington, 8. Juli. Die deutsche Botschaft dementiert Gerüchte, wonach die Reise des deutschen Botschafters v. Wiedfeldt mit einer beabsichtigten Ernennung zum deutschen Außenminister zusammenhänge. v. Wiedfeldt werde in Kürze in Begleitung seiner Familie nach Washington zurückkehren.

Die Scheinblüte der deutschen Industrie.

Die deutsche Industrie ist in der letzten Zeit Gegenstand heftiger Angriffe gewesen, die sowohl von sozialistischer Seite wie vom bürgerlichen Mittelstand und selbst von einem Teile des Handels ausgingen. In der Denkschrift der sächsischen Regierung über die zunehmende Teuerung wird geradezu erklärt, daß die Hauptschuld an übermäßiger Preistreiberei heute bei den Erzeugern in weiten Gebieten der Industrie liege, die sich in unverantwortlicher Weise auf Kosten der Bevölkerung bereicherten. Auf dem Handwerks- und Gewerbekammertage, der jüngst in München stattfand, richtete der Zentrumsabgeordnete Irl eine scharfe Anklage gegen die Industriekartelle, deren Preispolitik in der letzten Zeit zu unerträglichen Zuständen geführt habe. Er forderte durchgreifende Maßnahmen der Gesetzgebung und führte zur Begründung seines Standpunktes aus: „Ich bin gewiß ein Feind der Zwangswirtschaft und des behördlichen Hineinschnüffelns in Geschäftsbetriebe. Aber die alles Maß übersteigenden Unternehmergewinne, wie sie tagtäglich aus den veröffentlichten Bilanzen der Aktiengesellschaften usw. ersichtlich sind, zwingen ja dazu, daß eingeschritten wird. Wir sind es den Tausenden von alten Handwerksmeistern und deren Frauen und Witwen schuldig, die vor der bittersten Not und dem Hungertode stehen, wenn diese Preissteigerung so fortgeht, laut darauf hinzuweisen, daß die übermäßigen Industriegewinne mit eine Hauptschuld an diesen Verhältnissen tragen." Weiter hat der Verbandsdirektor des Reichsverbandes deutscher Feinkostkaufleute auf einer in Bonn abgehaltenen Tagung erklärt, Handel und Verbraucher müßten zusammengehen und äußerstenfalls die Abnahme der Waren so lange verweigern, als nicht gangbare Preise erzielt werden könnten; gegen die Kartellpreispolitik sei außerdem ein Zusammenhalten von Händlern und Genossenschaften das einzige Mittel, um in der Zukunft bestehen zu können. Endlich verdient in diesem Zusammenhang noch Erwähnung, daß der bayrische Staatsminister Oswald in einer Rede diese Verhältnisse eingehend beleuchtet hat. Er wies auf die in den Zeitungen veröffentlichten Jahresberichte der Handels- und Industriegesellschaften hin, auf die Gewinne des Vieh- und des Hopfenhandels, der Porzellan- und der Glasindustrie, und stellte die Frage: „Getraut sich jemand ernstlich zu behaupten, daß Industrie und Großhandel an Nahrungssorgen, an Mangel an Kleidern, Leib- und Bettwäsche und an Entbehrungen aller Art so leiden, wie es in den Kreisen des Mittelstandes tatsächlich der Fall ist?"

Die gegen die industrielle Kartellpreispolitik vorgebrachten Klagen und Beschwerden, die sich zum Teil auch gegen den Großhandel richten, sind psychologisch vom Standpunkte der notleidenden Bevölkerung aus begreiflich. Es soll auch zugegeben werden, daß hier und da Preiskalkulationen vorkommen, die sich nicht im Rahmen eines angemessenen Verhältnisses zur Kaufkraft des Publikums bewegen, wenn schon sich die große Masse der Verbraucher wohl kaum eine richtige Vorstellung davon macht, wie heutzutage die Preisfestsetzung vor sich geht. Außer den direkten Herstellungskosten, wie sie in den Aufwendungen für Rohstoffe und Löhne in die Erscheinung treten, handelt es sich dabei um die weiteren Faktoren der hohen Steuerlasten und des Aufschlages für den voraussichtlichen, in steter Aufwärtsbewegung befindlichen Preis für die neu anzuschaffenden Rohstoffe, der mitkalkuliert werden muß, weil der Industrielle sonst sein Betriebskapital angreifen und schließlich ganz aufzehren würde, und endlich soll doch auch noch ein vernünftiger Gewinn erzielt werden. Die Angemessenheit dieses Gewinnes zu bestimmen, ist keine leichte Sache. Vielleicht wäre es angebracht, nach englischem Muster eine aus hervorragenden Sachverständigen zusammengesetzte Kommission zu bilden, die fortlaufend die Preisbewegung zu kontrollieren und die ihr angemessen erscheinenden Preise für die einzelnen Produktionszweige zu veröffentlichen hätte. In England sollen mit dieser Methode gute Erfolge erzielt worden sein.

Die ganze Frage kann und darf aber nicht bloß unter dem einseitigen Gesichtspunkte der Erschwerung der Lebenshaltung weiter Bevölkerungskreise, so bedauerlich diese in jeder Hinsicht ist, beurteilt werden, sondern das volkswirtschaftliche Denken verlangt, daß sie in richtiger Bewertung der engen Zusammenhänge gewürdigt wird, in dem die Industrie mit der nationalen und der Weltwirtschaft steht, und daß der Einfluß der Geldentwertung, der doch nicht bloß die privaten Haushaltungen betrifft, auch hier im vollen Umfange gewürdigt wird. Dabei ergibt sich dann freilich ein wesentlich anderes Bild, als es die Ankläger gegen die angeblich übermäßigen Gewinne der Industrie zu zeichnen pflegen. Man nehme folgendes Beispiel: Ein Industriebetrieb weist am Anfang eines Geschäftsjahres eine Bilanz von einer Million Papiermark auf, am Ende des Jahres zwei Millionen. Wenn nun der Dollar am Anfang des Jahres einen Stand von 200 Papiermark, am Ende einen solchen von 400 gehabt hat, so ergibt sich, daß beide Summen den gleichen Goldwert, nämlich 5000 Dollar, haben. In Wirklichkeit ist also überhaupt kein Gewinn erzielt worden. Betrüge die Abschlußsumme weniger als zwei Millionen Papiermark, z. B. bloß 1½ Million, so wäre sogar ein erheblicher Verlust zu verzeichnen, während das Publikum immer noch geneigt sein würde, zu glauben, daß eine